



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 215 -

Kiel, 9. Juni 2010  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1146  
Fax (0431) 988 1156

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### ***26. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 9. Juni 2010,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtages*

Beginn: 10:30 Uhr

Einstimmig empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem federführenden Sozialausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes**, Drucksache 17/444, anzunehmen.

Die Beratungen über die **Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk**, Drucksachen 17/226 und 17/412, den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz - LVwG -)**, Drucksache 17/251, die **Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**, Drucksachen 17/178 (neu) und Drucksache 17/436, und den **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien und Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über den Beitritt des Landes Niedersachsen zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“**, Drucksache 17/507, wurden auf den 30. Juni 2010 vertagt.

Zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/268, nahm der Ausschuss in Aussicht, gemeinsam mit dem Europaausschuss am 1. oder 29. September 2010 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, bis zum 30. Juni 2010 die Anzuhörenden zu benennen.

Der Innen- und Rechtsausschuss nahm seine Beratungen zum **Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Erteilung von Fahrberechtigungen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, der anerkannten Rettungsdienste und der technischen Hilfsdienste - Fahrberechtigungszuständigkeitsgesetz (FZG) -**, Drucksache 17/531, wieder auf und empfahl dem Landtag einstimmig die Annahme des

Gesetzentwurfs mit einer Änderung beim Inkrafttretungsdatum.

Schließlich nahm der Ausschuss in Aussicht, sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Ausstattung der Polizei, u. a. mit Computern, zu beschäftigen.

Schluss: 10:55 Uhr

gez. Dörte Schönfelder